

Schriftenreihe  
der IHK Würzburg-Schweinfurt  
Nr. 34/2013

# Auswirkungen der Finanzkrise auf die mainfränkischen Kommunalhaushalte

The logo consists of a dark blue square on the right containing the white letters 'IHK', and a light blue square on the left that overlaps the dark blue one.

**IHK**

Würzburg-Schweinfurt  
**Mainfranken**

# **Auswirkungen der Finanzkrise auf die mainfränkischen Kommunalhaushalte**

**Eine Untersuchung der IHK Würzburg-Schweinfurt**

**von**

**Ass. jur. Christian Sturm**

**RRef Michael Hannig**

**Würzburg, im August 2013**

Auswirkungen der Finanzkrise auf die mainfränkischen Kommunalhaushalte 2013  
Schriftenreihe der IHK Würzburg-Schweinfurt  
Nr. 34/2013  
ISBN 978-3-943920-06-2

Datenstand: Juni 2013

© Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier oder elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die IHK keine Gewähr. Diese Publikation ist gedruckt auf einem FSC-zertifizierten Naturpapier. Das FSC-Zertifikat steht für eine Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Herkünften.



# Inhalt

Ergebnisse der Studie .....	7
I. Einnahmeentwicklung .....	9
1. Erwartete Entwicklung der Gesamteinnahmen .....	9
2. Erwartete Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahmen .....	11
3. Erwartete Entwicklung der Schlüsselzuweisungen .....	13
4. Erwartete Entwicklung der Gesamtinvestitionen .....	14
II. Ausgabenentwicklung .....	17
1. Erwartete Entwicklung der Sozialausgaben .....	17
2. Erwartete Entwicklung der Personalausgaben .....	19
III. Zukunftsprognose und Notwendigkeit der Konsolidierung .....	21
1. Mehr als jede zweite Kommune mit Haushaltsüberschuss .....	21
2. Mehr als zwei Drittel der mainfränkischen Kommunen rechnen mit einem Schuldenanstieg .....	22
3. Mehr als zwei Drittel der mainfränkischen Kommunen können 2013 voraussichtlich nur mit Hilfe einer Rücklagenentnahme den Haushaltsausgleich sicherstellen .....	23
4. Jede vierte Kommune geht davon aus, dass sie die geforderte Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt bis 2016 nicht mehr leisten kann .....	24
5. Der Großteil der mainfränkischen Kommunen benötigt weitere Finanzhilfen im Rahmen des KFA .....	25
IV. Zwischenfazit .....	27
1. Zwischenfazit: Sinkende Einnahmen und steigende Sozial- und Personalausgaben verhindern finanzielle Gesundung der Kommunen .....	27
V. Klassische Methoden der Konsolidierung .....	29
1. Jede dritte Kommune plant bis 2016 Steuern und/oder Gebühren zu erhöhen .....	29
2. Welche Leistungen reduziert werden .....	30
3. Besonders wirkungsvolle Sparmaßnahmen .....	32

4. Zwischenfazit: Sparpotenzial ist erkannt und muss nun zielgerichtet umgesetzt werden .....	33
<b>VI. Moderne Methoden der Konsolidierung .....</b>	<b>35</b>
1. Nur jede dritte Kommune hat bereits von der Möglichkeit des „Contracting“ Gebrauch gemacht .....	35
2. Weniger als 10 Prozent der befragten Kommunen haben in den letzten drei Jahren in Public-Private-Partnership-Projekte investiert .....	36
<b>VII. Fazit .....</b>	<b>37</b>
1. Die Kommunen bleiben aufgrund der finanziellen Situation beschränkt in ihren Möglichkeiten – es muss weiterhin gespart werden .....	37
2. Die Kommunen bleiben aufgrund der finanziellen Situation beschränkt in ihren Möglichkeiten – das klassische Einnahmen- und Ausgabensystem verändert sich .....	38
3. Die Kommunen bleiben aufgrund der finanziellen Situation beschränkt in ihren Möglichkeiten – neue Einnahme- und Einsparquellen müssen generiert werden .....	39

## Tabellen und Grafiken im Überblick

Abbildung 1:	Gesamteinnahmeentwicklung 2012 .....	9
Abbildung 2:	Gesamteinnahmeentwicklung bis 2016 .....	9
Abbildung 3:	Prognose .....	10
Abbildung 4:	Gewerbesteuereinnahmeentwicklung 2012 .....	11
Abbildung 5:	Gewerbesteuereinnahmeentwicklung bis 2016 .....	11
Abbildung 6:	Prognose .....	12
Abbildung 7:	Schlüsselzuweisungen bis 2016 .....	13
Abbildung 8:	Gesamtinvestitionen 2012 .....	14
Abbildung 9:	Gesamtinvestitionen bis 2016 .....	14
Abbildung 10:	Prognose .....	15
Abbildung 11:	Sozialausgaben 2012 .....	17
Abbildung 12:	Sozialausgaben bis 2016 .....	17
Abbildung 13:	Personalausgaben 2012 .....	19
Abbildung 14:	Personalausgaben bis 2016 .....	19
Abbildung 15:	Prognose .....	20
Abbildung 16:	Ergebnis Haushaltsjahr 2012 .....	21
Abbildung 17:	Ergebnis Prognose 2013 .....	21
Abbildung 18:	Ergebnis Prognose bis 2016 .....	21
Abbildung 19:	Gesamtschulden Ende 2012 .....	22
Abbildung 20:	Entwicklung Gesamtschulden bis 2016 .....	22
Abbildung 21:	Sicherstellung des Haushaltsausgleichs .....	23
Abbildung 22:	Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt 2012 .....	24
Abbildung 23:	Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt bis 2016 .....	24
Abbildung 24:	Zusätzliche Finanzhilfen im Rahmen des KFA .....	25
Abbildung 25:	Steuer- und/oder Gebührenerhöhungen .....	29
Abbildung 26:	Vergangene Konsolidierungsmaßnahmen .....	30
Abbildung 27:	Geplante Konsolidierungsmaßnahmen .....	31
Abbildung 28:	Effektive Konsolidierungsmaßnahmen .....	32
Abbildung 29:	Contracting 2012 .....	35
Abbildung 30:	Contracting 2016 .....	35
Abbildung 31:	Public-Private-Partnership-Projekte 2012 .....	36
Abbildung 32:	Public-Private-Partnership-Projekte 2016 .....	36



## Ergebnisse der Studie

Unter dem Jahresthema „Infrastruktur – Wege für morgen“ untersuchte die IHK Würzburg-Schweinfurt die Entwicklung der Kommunalfinanzen und die damit korrelierenden Auswirkungen auf die infrastrukturelle Finanzkraft der zentralen Städte und Gemeinden in Mainfranken.

Im ersten Halbjahr 2013 nahmen 21 Kämmerer der insgesamt 35 mainfränkischen Ober-, Mittel- und Unterzentren an einer Befragung teil.

Hierbei wurde deutlich, dass die Finanzkrise der vergangenen Jahre auch in Mainfranken zu spürbaren Einschnitten in den Kommunalfinanzen geführt hat. Insbesondere der unerwartete Rückgang des Gewerbesteueraufkommens sorgte für Einnahmelücken. Erst in diesem Jahr sollen die Gewerbesteuererinnahmen wieder auf das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 steigen. Zudem belasten die Sozialausgaben vermehrt die Haushalte der Gemeinden und Städte.

Steigende Ausgaben bei sinkenden Einnahmen sorgen dafür, dass der Schuldenstand der Kommunen wächst und die Rücklagen aufgezehrt werden. Ein fataler Kreislauf in einer Zeit, in welcher ein teilweise erheblicher Investitionsstau aufgearbeitet werden müsste.

Als Reaktion hierauf planen viele Gemeinden die Steuern und Gebühren zu erhöhen, sowie die freiwilligen Angebote und öffentlichen Einrichtungen zu schließen oder einzustellen.

Die IHK Würzburg-Schweinfurt begrüßt die Konsolidierungsbemühungen der Kommunen. Sie sieht jedoch die Gefahr, dass durch zu strikte und unkoordinierte Maßnahmen der Wirtschaftsstandort Mainfranken um seine Attraktivität gebracht wird. Eine gegebenenfalls auch interkommunale Zusammenarbeit und die Erstellung eines mittel- bis langfristigen Konsolidierungsplans wird für zwingend notwendig erachtet.





# I. Einnahmeentwicklung

## 1. Erwartete Entwicklung der Gesamteinnahmen

- „Wie haben sich die Gesamteinnahmen Ihrer Kommune 2012 (im Vergleich zum Jahr 2011) entwickelt?“
- „Wie werden sich die Gesamteinnahmen Ihrer Kommune Ihrer Erwartung nach bis zum Jahr 2016 (im Vergleich zum Jahr 2012) entwickeln?“

Abbildung 1: Gesamteinnahmeentwicklung 2012

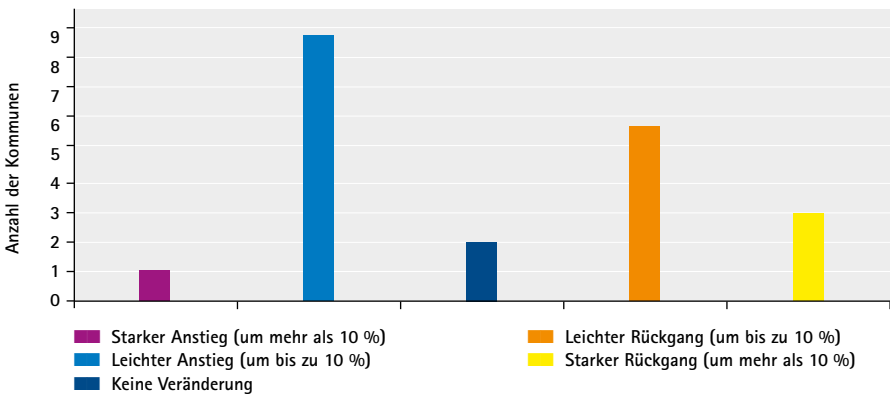
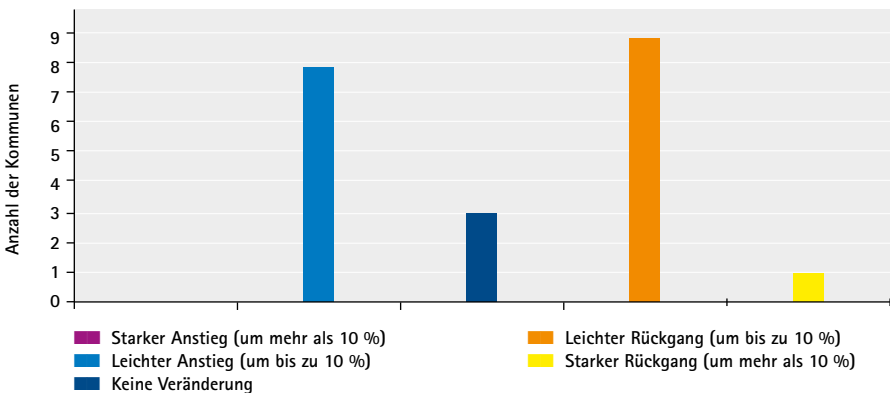


Abbildung 2: Gesamteinnahmeentwicklung bis 2016

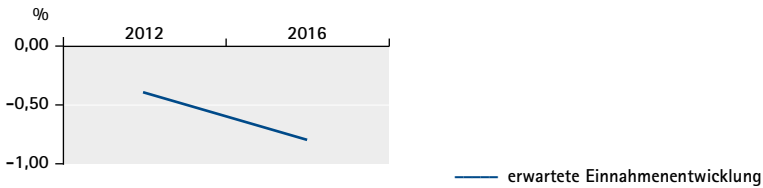


Aus den Wertungen der Kämmerer ergibt sich für 2012 ein durchschnittlicher Rückgang der Gesamteinnahmen der Kommunen um 0,43 Prozent, bis zum Jahre 2016 sollen nach ihrer Prognose die Einnahmen sogar um durchschnittlich 0,81 Prozent zurückgehen.

Die IHK stellt hierzu fest:

Den planerisch erwarteten Einnahmerückgängen muss bereits jetzt vorausschauend Rechnung getragen werden, um ein strukturiertes Ausgabenmanagement nicht durch „Schnellschüsse“ auszuhebeln.

Abbildung 3: Prognose



## 2. Erwartete Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen

- „Wie haben sich die Gewerbesteuereinnahmen Ihrer Kommune 2012 (im Vergleich zum Jahr 2011) entwickelt?“
- „Wie werden sich die Gewerbesteuereinnahmen Ihrer Kommune Ihrer Erwartung nach bis zum Jahr 2016 (im Vergleich zum Jahr 2012) entwickeln?“

Abbildung 4: Gewerbesteuereinnahmeentwicklung 2012

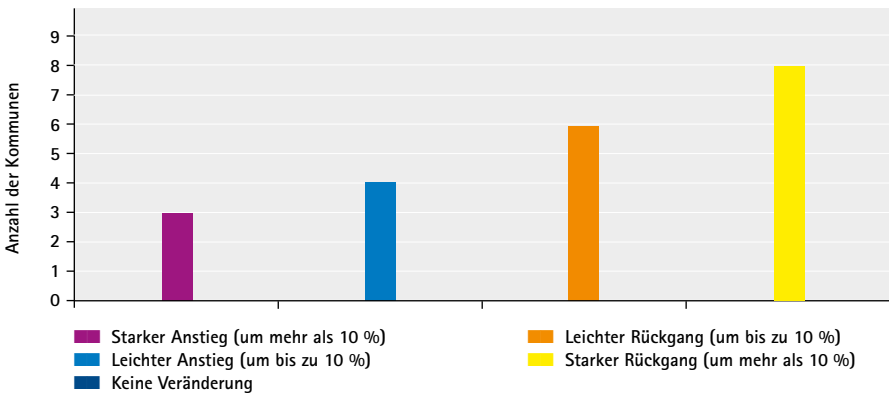
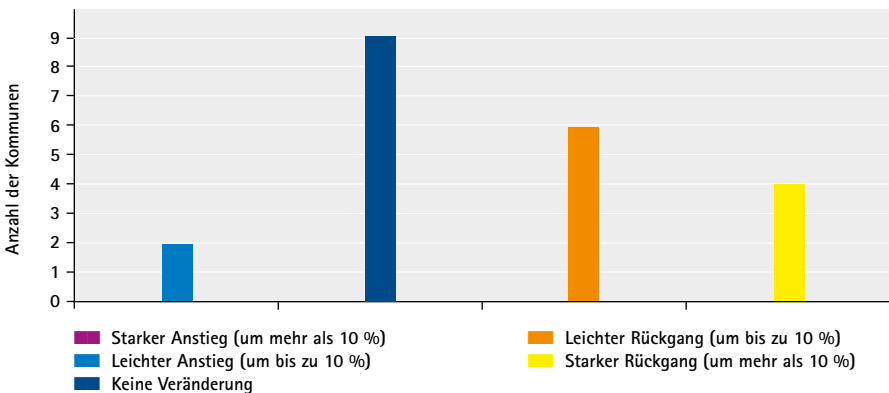


Abbildung 5: Gewerbesteuereinnahmeentwicklung bis 2016

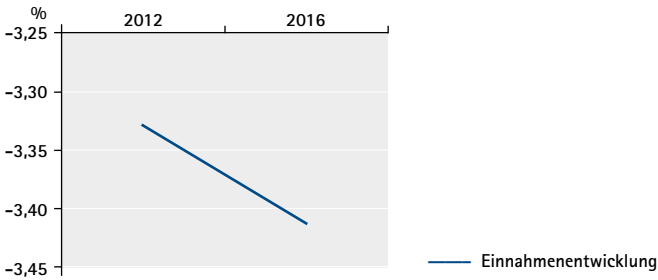


Hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbesteuer ergibt sich ein zweigeteiltes Bild. Trotz weniger positiver Prognosen ist mittelfristig mit einem leichten Rückgang von etwa 3 Prozent zu rechnen.

Die IHK stellt hierzu fest:

Nachdem die Gewerbesteuer eine der wichtigsten kommunalen Einnahmequellen darstellt, zeichnet diese Entwicklung bereits die zukünftige finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden vor. Die Mittelfristplanung muss daher auf vorsichtiger Grundlage erfolgen. Planbare Einnahmerückgänge dürfen nicht kurzfristig durch unüberlegte Hebesatzerhöhungen ausgeglichen werden.

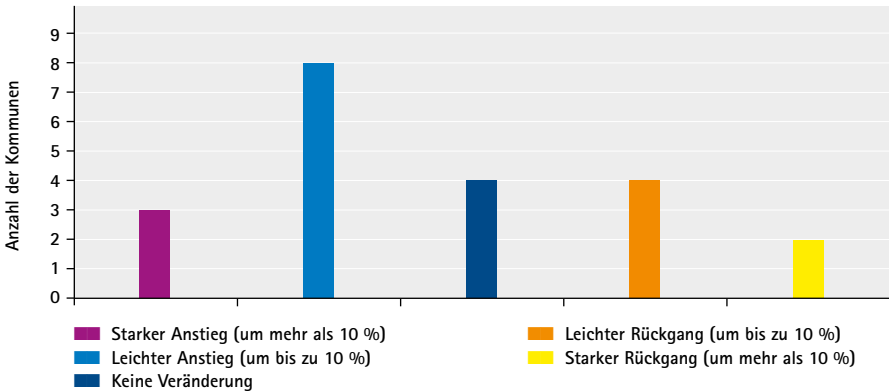
Abbildung 6: Prognose



### 3. Erwartete Entwicklung der Schlüsselzuweisungen

- „Wie wird sich die Höhe der Schlüsselzuweisungen Ihrer Kommune Ihrer Erwartung nach bis zum Jahr 2016 (im Vergleich zu 2012) entwickeln?“

Abbildung 7: Schlüsselzuweisungen bis 2016



Bis zum Jahr 2016 sollen der Prognose der Kämmerer zufolge die Schlüsselzuweisungen um im Schnitt 1,52 Prozent steigen. Dabei steht jetzt schon fest, dass insbesondere 2013 ein „Rekordjahr“ wird. Die Schlüsselzuweisungen werden um 7,8 Prozent auf 2,9 Mrd. Euro steigen. Gewinner sind insbesondere kleinere Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, deren Aufgabenlast stärker berücksichtigt wurde\*.

\* Quelle: PM Nr. 252 des BayStMF vom 07.12.2012

#### 4. Erwartete Entwicklung der Gesamtinvestitionen

- „Wie haben sich die Gesamtinvestitionen Ihrer Kommune 2012 (im Vergleich zum Jahr 2011) entwickelt?“
- „Wie werden sich die Gesamtinvestitionen Ihrer Kommune Ihrer Erwartung nach bis zum Jahr 2016 (im Vergleich zum Jahr 2012) entwickeln?“

Abbildung 8: Gesamtinvestitionen 2012

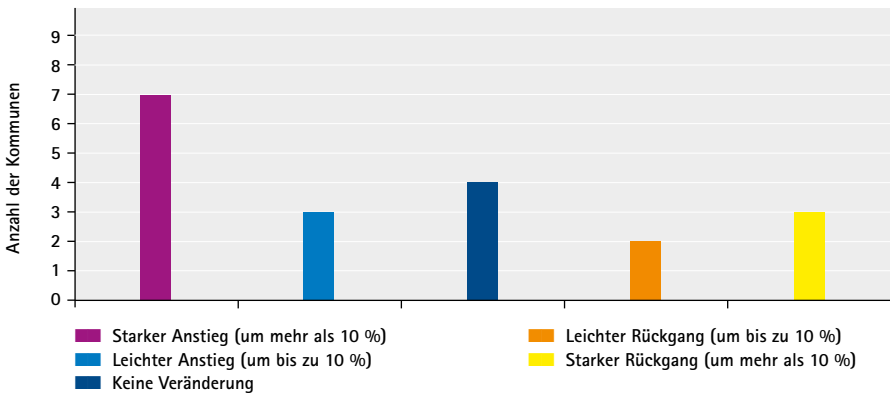
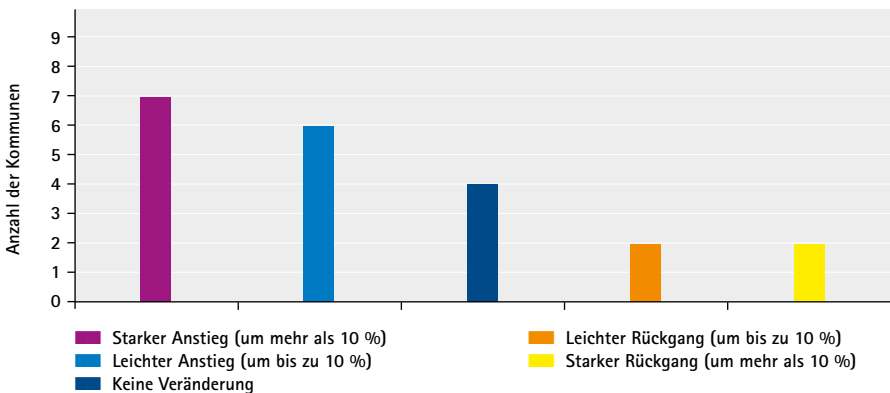


Abbildung 9: Gesamtinvestitionen bis 2016

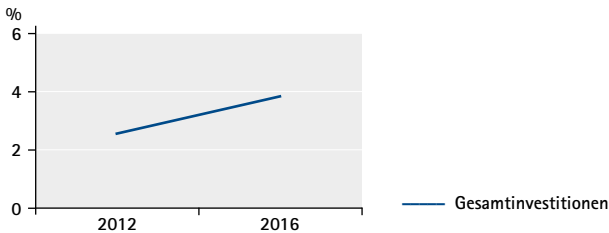


Aus den Wertungen der Kämmerer ergibt sich für 2012 ein durchschnittlicher Anstieg der Gesamtinvestitionen der Kommunen um 2,5 Prozent. Bis zum Jahr 2016 sollen der Prognose zufolge die Gesamtinvestitionen sogar um durchschnittlich 3,8 Prozent steigen.

Die IHK stellt hierzu fest:

Im Rahmen der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen lief teilweise ein Investitionsstau auf, der nun in Zeiten des leichten Aufschwungs abgebaut wird. Trotz negativer Einnahmeprognose ist gerade die infrastrukturelle Investitionstätigkeit als sinnvoll zu bewerten, solange hierdurch ein fortdauernder Mehrwert für die Kommunen generiert und insbesondere der niedrige Marktzins ausgenutzt wird. Investitionen sollten in einem Masterplan vorausschauend festgeschrieben werden, um diese auch bei begrenzten Finanzmitteln langfristig beherrschbarer und planbarer zu machen.

Abbildung 10: Prognose







## II. Ausgabenentwicklung

### 1. Erwartete Entwicklung der Sozialausgaben

- „Wie haben sich die Sozialausgaben Ihrer Kommune 2012 (im Vergleich zum Jahr 2011) entwickelt?“
- „Wie werden sich die Sozialausgaben Ihrer Kommune Ihrer Erwartung nach bis zum Jahr 2016 (im Vergleich zum Jahr 2012) entwickeln?“

Abbildung 11: Sozialausgaben 2012

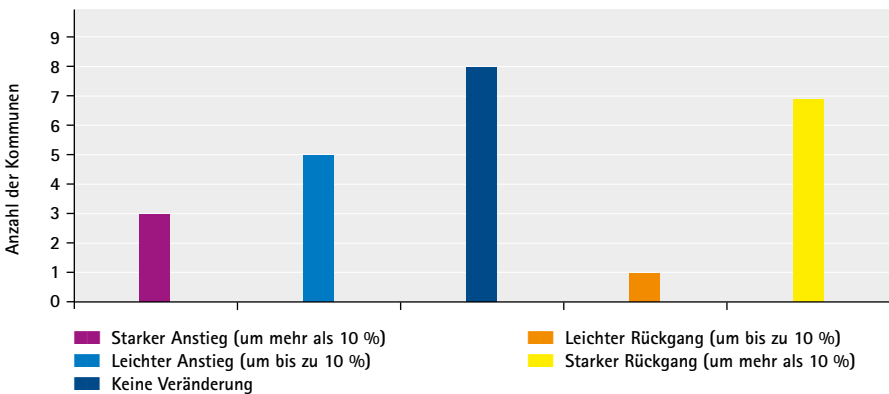
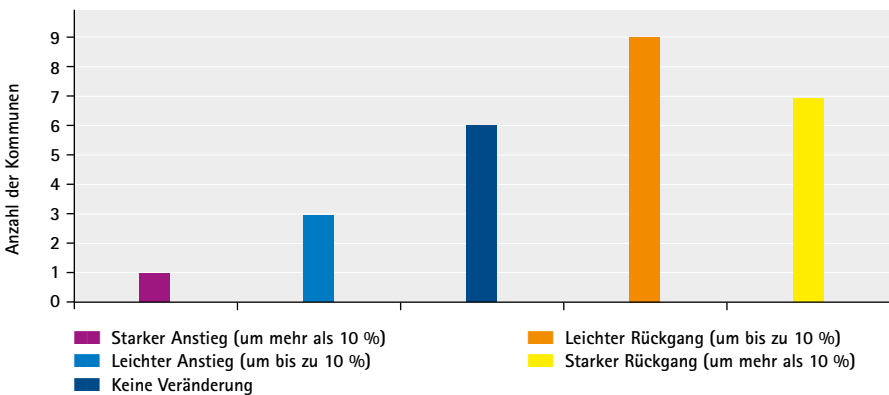


Abbildung 12: Sozialausgaben bis 2016



Im Jahr 2012 haben sich die Sozialausgaben der Kommunen um knapp 2,2 Prozent erhöht. Bis zum Jahr 2016 erwarten die mainfränkischen Kämmerer wieder einen leichten Rückgang.

Die IHK stellt hierzu fest:

Eine höhere Sozialausgabenlast führt zu geringeren Spielräumen bei Investitionstätigkeiten. Ein spürbarer Rückgang der Sozialausgaben kann in Zeiten des demographischen Wandels jedoch nur durch politische Maßnahmen herbeigeführt werden. Die Landes- und Bundespolitik ist daher aufgefordert, die Kommunen zur Erfüllung der übertragenen Sozialaufgaben mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten.

## 2. Erwartete Entwicklung der Personalausgaben

- „Wie haben sich die Personalausgaben Ihrer Kommune 2012 (im Vergleich zum Jahr 2011) entwickelt?“
- „Wie werden sich die Personalausgaben Ihrer Kommune Ihrer Erwartung nach bis zum Jahr 2016 (im Vergleich zum Jahr 2012) entwickeln?“

Abbildung 13: Personalausgaben 2012

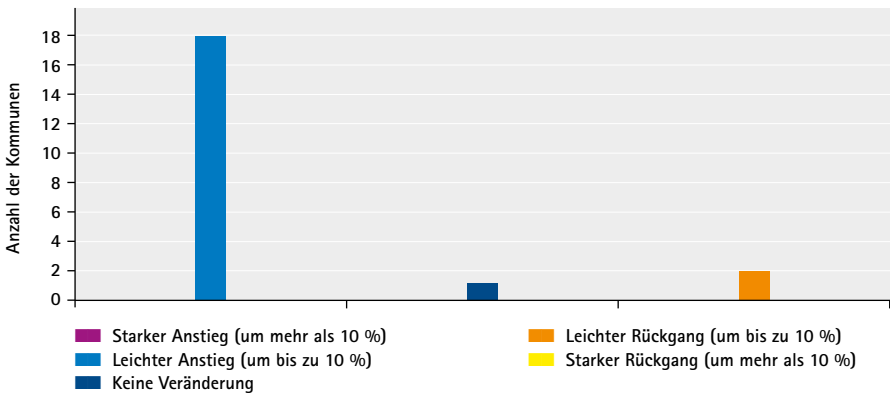
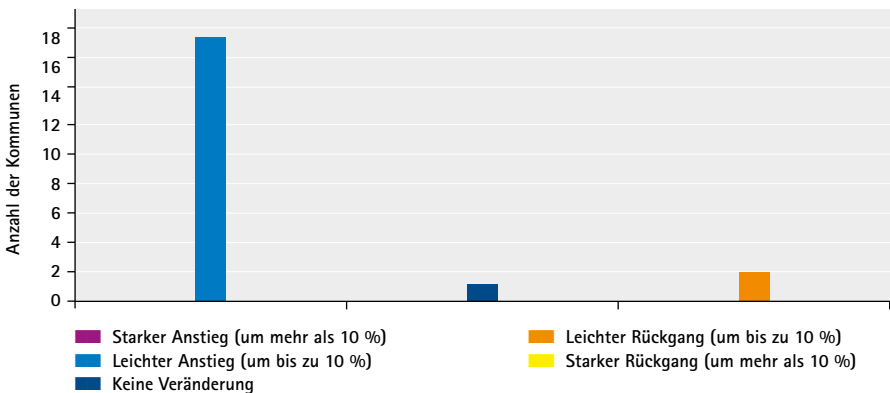


Abbildung 14: Personalausgaben bis 2016



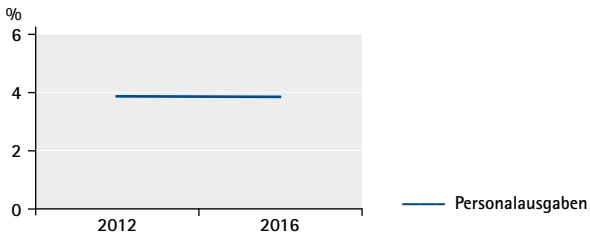
Aus den Wertungen der Kämmerer ergibt sich für 2012 in deutlicher Übereinstimmung ein durchschnittlicher Anstieg der Personalausgaben um knapp 3,8 Prozent. Die Steigerung und die Prognose liegen damit über den Werten des letzten Tarifabschlusses (2,65 Prozent im Jahr 2013, 2,95 Prozent im Jahr 2014).

Bis zum Jahr 2016 soll sich diese Tendenz fortsetzen.

Die IHK stellt hierzu fest:

Die Kommunen scheinen davon auszugehen, dass sich die planmäßigen Tarifierhöhungen nicht durch personalpolitische Maßnahmen auffangen lassen. Es ist auf zukunftsfähige, effiziente, projektbezogene und gegebenenfalls abteilungsübergreifende Arbeitsstrukturen zu achten.

Abbildung 15: Prognose



### III. Zukunftsprognose und Notwendigkeit der Konsolidierung

#### 1. Mehr als jede zweite Kommune mit Haushaltsüberschuss

- „Mit welchem Ergebnis hat Ihre Kommune das letzte Haushaltsjahr (2012) abgeschlossen?“
- „Mit welchem Ergebnis wird Ihre Kommune das laufende Haushaltsjahr (2013) voraussichtlich abschließen?“
- „Wie lautet Ihre Prognose für die Finanzlage Ihrer Kommune bis 2016?“

Während 2012 noch 60 Prozent der befragten Kommunen einen Haushaltsüberschuss erwirtschaften und den Rücklagen zuführen konnten, wird den Erwartungen nach in den Folgejahren vermehrt der Haushaltsausgleich nur noch durch Rücklagenentnahme oder durch die Aufnahme von Krediten sichergestellt werden können.

Abbildung 16: Ergebnisse Haushaltsjahr 2012

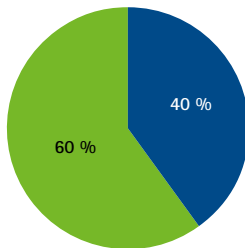


Abbildung 17: Ergebnis Prognose 2013

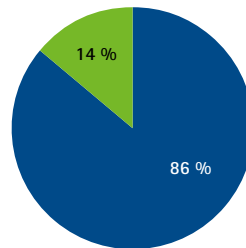
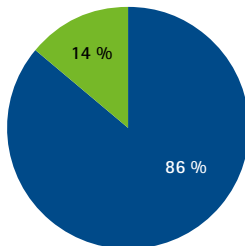


Abbildung 18: Ergebnis Prognose bis 2016



■ Ausgeglichener Haushalt  
■ Haushaltsüberschuss

## 2. Mehr als zwei Drittel der mainfränkischen Kommunen rechnen mit einem Schuldenanstieg

- „Wie hoch waren die Gesamtschulden (Kassenkredite plus fundierte Schulden) Ihrer Kommune Ende 2012?“
- „Wie werden sich die Schulden Ihrer Kommune bis zum Jahr 2016 Ihrer Erwartung nach entwickeln?“

Abbildung 19: Gesamtschulden Ende 2012

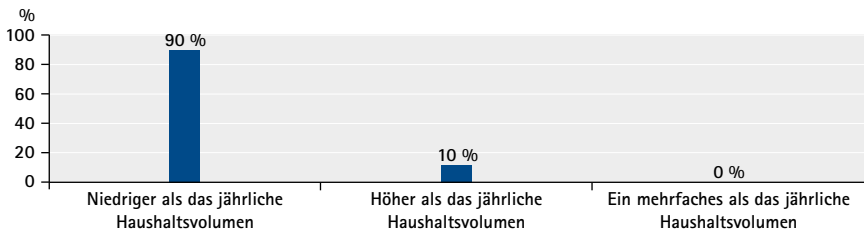
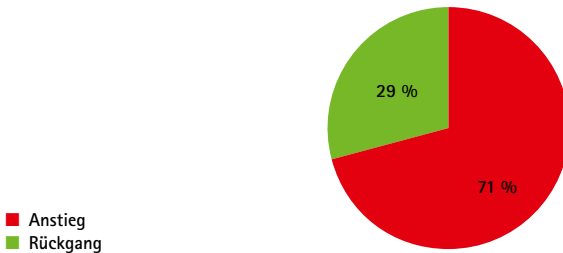


Abbildung 20: Entwicklung Gesamtschulden bis 2016

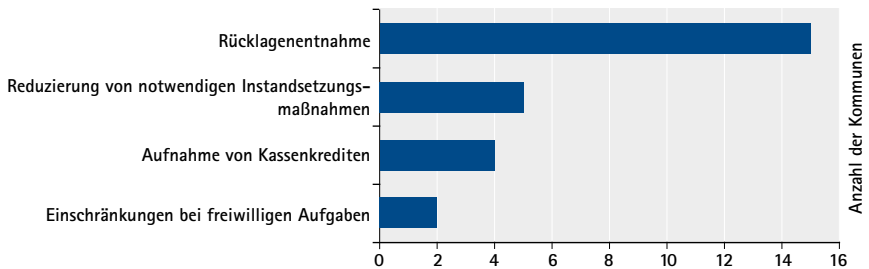


90 Prozent der mainfränkischen Kommunen hatten Ende des Jahres 2012 einen Gesamtschuldenstand, der niedriger als das jährliche Haushaltsvolumen war. Bis zum Jahre 2016 gehen aber mehr als zwei Drittel (71 Prozent) der Kommunen von einem Anstieg der Gesamtschulden aus.

### 3. Mehr als zwei Drittel der mainfränkischen Kommunen können 2013 voraussichtlich nur mit Hilfe einer Rücklagenentnahme den Haushaltsausgleich sicherstellen

- „Wie stellt Ihre Kommune im laufenden Jahr den Haushaltsausgleich sicher?“

Abbildung 21: Sicherstellung des Haushaltsausgleichs



71 Prozent der mainfränkischen Kommunen gehen davon aus, dass sie 2013 den Haushaltsausgleich nur durch eine Entnahme aus den Rücklagen sicherstellen können. 24 Prozent der Kommunen werden (unter anderem) notwendige Instandhaltungsmaßnahmen reduzieren. 19 Prozent der Kommunen wollen (unter anderem) Kassenkredite aufnehmen. Nur 10 Prozent der Kommunen planen eine Einschränkung bei freiwilligen Aufgaben.



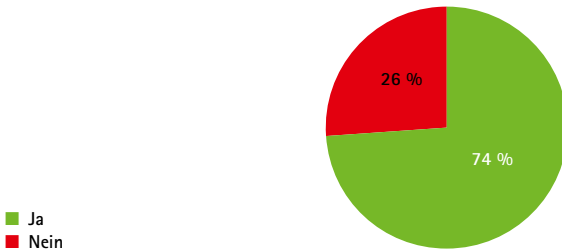
#### 4. Jede vierte Kommune geht davon aus, dass sie die geforderte Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt bis 2016 nicht mehr leisten kann

- „Konnte Ihre Kommune im Jahre 2012 die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt leisten?“
- „Wird Ihre Kommune Ihrer Prognose nach bis zum Jahre 2016 die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt leisten können?“

Abbildung 22: Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt 2012



Abbildung 23: Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt bis 2016

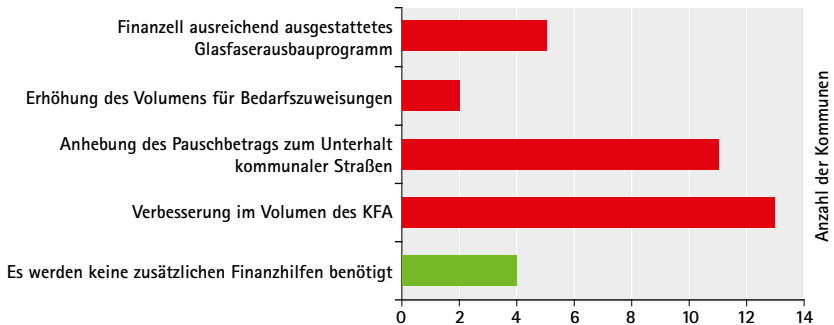


Von 19 der befragten mainfränkischen Kommunen wird gefordert, dass sie eine Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt leisten. Zwei Kommunen müssen dies – wegen Einführung der Doppik – nicht mehr. Konnte 2012 nur eine Kommune diese Mindestzuführung nicht leisten, gehen bis 2016 fünf Kommunen davon aus, dass sie dazu nicht mehr in der Lage sein werden.

## 5. Der Großteil der mainfränkischen Kommunen benötigt weitere Finanzhilfen im Rahmen des KFA

- „Welche zusätzlichen Finanzhilfen im Rahmen des KFA benötigt Ihre Kommune am dringendsten (Mehrfachnennungen möglich)?“

Abbildung 24: Zusätzliche Finanzhilfen im Rahmen des KFA



Nur 19 Prozent der befragten Kommunen haben angegeben, keine weiteren Finanzhilfen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) zu benötigen. Der Großteil fordert weitere Unterstützung. 62 Prozent wünschen sich (unter anderem) eine generelle Verbesserung im Volumen des KFA. 52 Prozent fordern (unter anderem) eine Anhebung des Pauschbetrags zum Unterhalt kommunaler Straßen. 10 Prozent fordern eine Erhöhung des Volumens für Bedarfszuweisungen. Ein finanziell ausreichend ausgestattetes Glasfaserprogramm als wichtiges Infrastrukturprojekt wünschen sich 24 Prozent.



## IV. Zwischenfazit

### 1. **Zwischenfazit: Sinkende Einnahmen und steigende Sozial- und Personalausgaben verhindern finanzielle Gesundung der Kommunen**

Die Gesamteinnahmen sind 2012 trotz guter Konjunkturlage gesunken, bis 2016 wird ein weiterer Rückgang erwartet

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind im Jahr 2012 aufgrund der Phasenverschiebung trotz der guten konjunkturellen Entwicklung gesunken. Bis zum Jahre 2016 wird ein weiterer Rückgang erwartet. Offensichtlich rechnen die Kommunen auf Dauer mit einem leichten Konjunkturabschwung. Eine Haushaltskonsolidierung über die Einnahmenseite ist schwer umsetzbar.

**Ausgaben steigen deutlich stärker als die Einnahmen**

Auch wenn die Städte und Gemeinden stetig bestrebt sind Sparmaßnahmen durchführen, sind die Gesamtinvestitionen im Jahre 2012 erneut gestiegen. Bis zum Jahre 2016 prognostizieren die Kämmerer einen weiteren Anstieg.

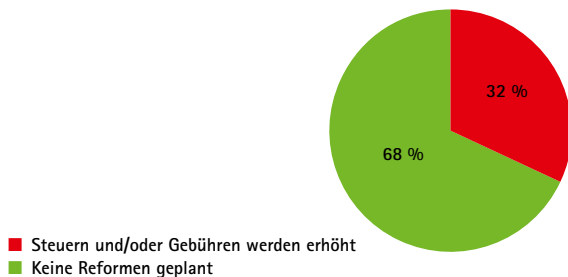


## V. Klassische Methoden der Konsolidierung

### 1. Jede dritte Kommune plant bis 2016 Steuern und/oder Gebühren zu erhöhen

- „Wie werden Sie bis zum Jahre 2016 auf die kommunale Finanzkrise reagieren?“

Abbildung 25: Steuer- und/oder Gebührenerhöhungen



32 Prozent der befragten Kommunen planen bis zum Jahr 2016 Steuer- und/oder Gebührenerhöhungen.

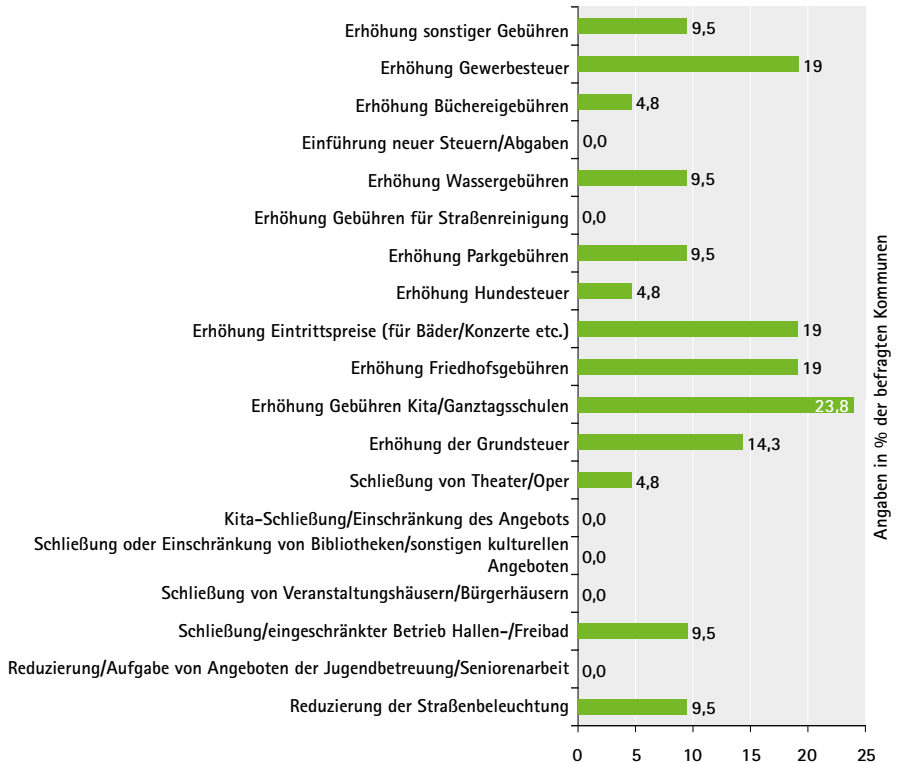
Die IHK stellt hierzu fest:

Zu wenige Kommunen setzen sich trotz der Einnahmedefizite mit Reformen auseinander. Zudem werden zu häufig Erhöhungen der Steuern und / oder Gebühren als „Allheilmittel“ gesehen. Priorität ist der Analyse von Einsparmöglichkeiten auf der Ausgabenseite einzuräumen.

## 2. Welche Leistungen reduziert werden

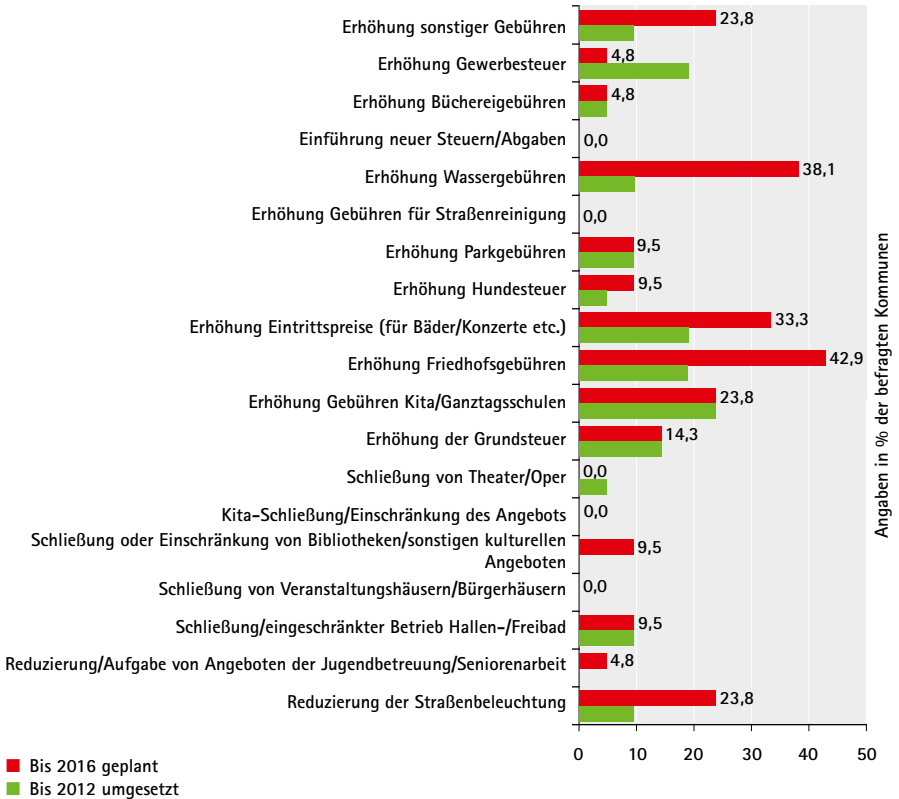
- „Hat Ihre Kommune im Jahr 2012 folgende Maßnahmen umgesetzt?“

Abbildung 26: Vergangene Konsolidierungsmaßnahmen



- Plant Ihre Kommune bis zum Jahr 2016 folgende Maßnahmen umzusetzen?“

Abbildung 27: Geplante Konsolidierungsmaßnahmen

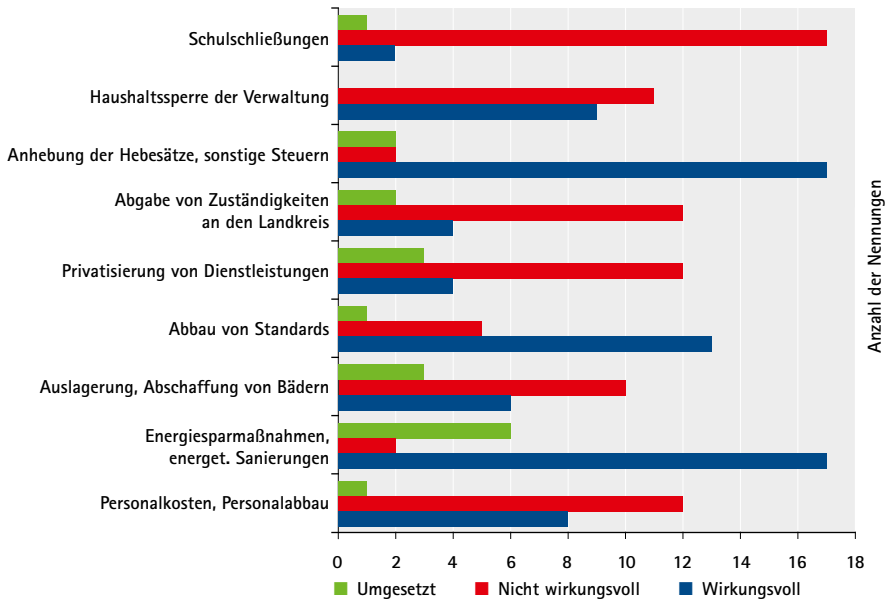




### 3. Besonders wirkungsvolle Sparmaßnahmen

- „Welche Sparmaßnahmen würden sich in Ihrer Kommune als besonders wirkungsvoll erweisen bzw. sind bereits umgesetzt und haben sich als besonders wirkungsvoll erwiesen?“

Abbildung 28: Effektive Konsolidierungsmaßnahmen



## 4. Zwischenfazit: Sparpotenzial ist erkannt und muss nun zielgerichtet umgesetzt werden

### Erhöhung von Gebühren

Ein Großteil der befragten Kommunen sieht in der Erhöhung von Gebühren eine Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit weiter sicher zu stellen. Mehr als ein Drittel plant daher, bis 2016 die Gebührentarife anzupassen. An der Steuerschraube soll jedoch erfreulicherweise kaum gedreht werden. Begrüßt wird zudem, dass die Zurückstellung von Infrastrukturprojekten sowie die Schließung freiwilliger Attraktivitätsangebote nicht angedacht ist.

### Analyse weiterer Sparmaßnahmen erfolgt zu einseitig

Bei der Analyse weiterer Sparmaßnahmen liegt der Fokus auf der Abschaffung freiwilliger Leistungen, der energetischen Sanierung sowie dem Abbau von Standards. Der Auslagerung von Aufgaben und der Bündelung von Personalkapazitäten wird noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt.



## VI. Moderne Methoden der Konsolidierung

### 1. Nur jede dritte Kommune hat bereits von der Möglichkeit des „Contracting“ (Aufgabenauslagerung auf Dienstleistungsunternehmen) Gebrauch gemacht

- „Hat ihre Gemeinde in den letzten drei Jahren (2010 bis 2012) von der Möglichkeit des „Contracting“ Gebrauch gemacht?“
- „Plant Ihre Gemeinde bis zum Jahr 2016 von der Möglichkeit des „Contracting“ Gebrauch zu machen?“

Abbildung 29: Contracting 2012

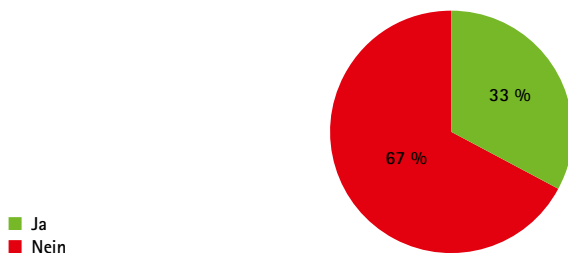
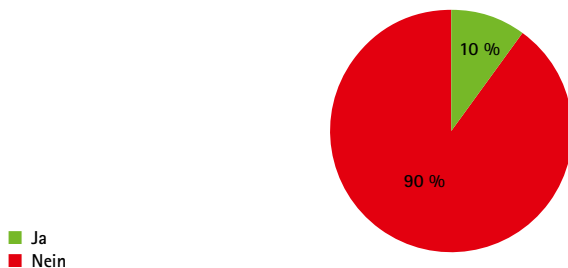


Abbildung 30: Contracting 2016



## 2. Weniger als 10 Prozent der befragten Kommunen haben in den letzten drei Jahren in Public-Private-Partnership-Projekte investiert. Bis zum Jahr 2016 soll dieser Wert nicht ansteigen

- „Hat ihre Gemeinde in den letzten drei Jahren (2010 bis 2012) in PPP-Projekte investiert?“
- „Plant Ihre Gemeinde bis zum Jahr 2016 in PPP-Projekte zu investieren?“

Abbildung 31: PPP 2012

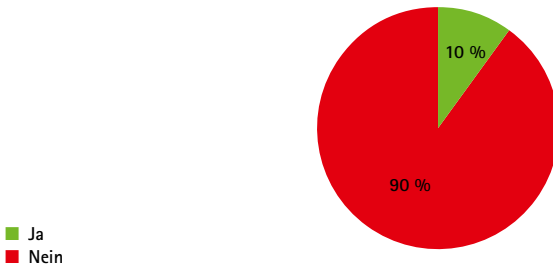
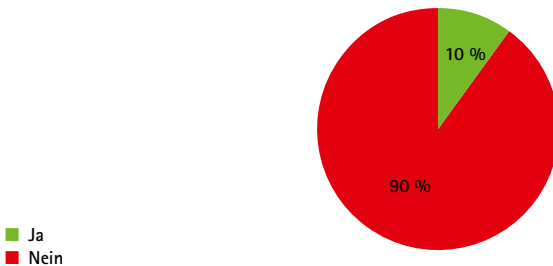


Abbildung 32: PPP 2016



## VII. Fazit

### 1. **Fazit: Die Kommunen bleiben aufgrund der finanziellen Situation beschränkt in ihren Möglichkeiten – es muss weiterhin gespart werden**

- Obwohl sich die Gesamtwirtschaftslage inzwischen weitgehend von der Finanzkrise erholt zeigt, gingen die Einnahmen der Kommunen 2012 leicht zurück. Der Sinkflug soll der Prognose zufolge auch weiterhin anhalten. Gleichzeitig wird ein Anstieg der Sozial- und Personalausgaben erwartet. Damit dürften die Möglichkeiten der mainfränkischen Kommunen zum Abbau von Altschulden begrenzt sein. Der Trend zeigt einen weiteren leichten Schuldenanstieg.
- Die steigenden Belastungen führen dazu, dass ein Großteil der mainfränkischen Kommunen – im Gegensatz zu 2012 – davon ausgeht, 2013 keinen Haushaltsüberschuss mehr erwirtschaften zu können. Auch das „Hoch“ der Schlüsselzuweisungen wird der Erwartung nach daran nichts ändern.
- Aktuell verfügt ein Großteil der mainfränkischen Kommunen aus Zeiten der Haushaltsüberschüsse noch über Rücklagen, mit deren Hilfe 2013 der Haushaltsausgleich sichergestellt werden kann. Doch wird die Anzahl der Kommunen steigen, die bis 2016 nicht mehr die geforderten Mindestzuführungen zum Vermögenshaushalt leisten kann.

## **2. Fazit: Die Kommunen bleiben aufgrund der finanziellen Situation beschränkt in ihren Möglichkeiten – das klassische Einnahmen- und Ausgabensystem verändert sich**

- Der demografische Wandel wird dazu führen, dass die Sozialausgaben immer weiter steigen. Er wird die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Das Konnexitätsprinzip wird hierbei stellenweise durchbrochen, was eine zusätzliche Belastung bedeutet. Dieser Aufgabe muss sich die Bundes- und Landespolitik stellen und dies gegebenenfalls im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs korrigieren.
- Die Kommunen selbst wollen weiter Steuern und Gebühren erhöhen und daneben öffentliche Einrichtungen schließen oder nur noch eingeschränkt betreiben. Die IHK Würzburg-Schweinfurt begrüßt, dass die Kommunen gewissenhaft ihrem Sparauftrag nachkommen, warnt aber auch davor, zu viel und an der falschen Stelle zu sparen. Nur eine attraktive Gemeinde mit attraktiver Infrastruktur kann eine Abwanderung ihrer Bürger und somit einen Rückgang der Wirtschaftsleistung verhindern.

### **3. Fazit: Die Kommunen bleiben aufgrund der finanziellen Situation beschränkt in ihren Möglichkeiten – neue Einnahme- und Einsparquellen müssen generiert werden**

- Eine vermehrte Zusammenarbeit der Kommunen mit der Privatwirtschaft muss geprüft und durchgeführt werden, wenn hierdurch bei bestimmten Aufgaben Kosteneinsparungen bei gleichbleibender Qualität zu erwarten sind. „Contracting“ oder „PPP-Projekte“ sollten bei allen Projekten zumindest in die Überlegungen mit einbezogen werden. Trotz möglicher „schlechter“ Erfahrungen in der Vergangenheit dürfen sinnvolle und zielführende Privatisierungen nicht per se ausgeschlossen werden. Zudem muss dem Bürger verdeutlicht werden, dass die Kommunen keine „Melkmaschinen“ für überzogene Forderungen sind. Vielmehr ist – auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – bürgerschaftliches Engagement zu stärken.
- „Wirtschaftsunfreundliche“ Maßnahmen, wie die Anhebung der Hebesätze oder sonstiger Steuern müssen vermieden werden. Zwar führen diese kurzfristig zu höheren Einnahmen, wirken sich aber auf lange Sicht negativ auf die Ansiedlungspolitik aus, mit der Folge von Mindereinnahmen.



## **4. Schlussfazit**

Die mainfränkischen Kommunen stehen größtenteils auf finanziell gesunden Füßen und verstehen es, durch geschickte Einnahmen- und Ausgabenpolitik, den Wirtschaftsstandort Mainfranken attraktiv zu halten.

Um den erwarteten Entwicklungen Rechnung zu tragen und den derzeitigen Standard halten zu können, müssen alle möglichen Instrumentarien auf politischer und planerischer Ebene in die Zukunftsplanung mit einbezogen werden.

Wir danken allen teilnehmenden Kämmerern für ihre Bereitschaft, diese Studie durch persönliche Gespräche, Fragebögen und Rückmeldungen mit Leben zu erfüllen.

## Bisher in der IHK-Schriftenreihe erschienen

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 1/1966	Die Zukunft der Rhön		x
Nr. 2/1966	Verkehrsdrehscheibe Mainfranken		x
Nr. 3/1967	Rechtsgrundlagen und Organisation		x
Nr. 4/1967	Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden, Städte und Landkreise des Regierungsbezirkes Unterfranken 1965 – 1990		x
Nr. 5/1968	Funktionsfähige Innenstädte		x
Nr. 6/1969	Die Landkreise Lohr und Marktheidenfeld Ein Beitrag zur regionalen Wirtschaftspolitik in Unterfranken		x
Nr. 7/1972	Haßberge – Steigerwald Sozioökonomische Entwicklungsprozesse in strukturschwachen Räumen		x
Nr. 8/1972	Berufs- und arbeitspädagogische Voraussetzungen für die betriebliche Ausbildung		x
Nr. 9/1977	Das Maintal: Entwicklungsachse und Lebensader einer Landschaft		x
Nr. 10/1979	Alfred Herold – Der Fremdenverkehr in Mainfranken Struktur, Möglichkeiten, Probleme	x	
Nr. 11/1984	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 12/1984	Das mainfränkische Autobahnnetz Entwicklung, Struktur und Funktion Ein kritischer Überblick aus geografischer Sicht von Alfred Herold	x	
Nr. 13/1990	Berlin-Leipzig-Würzburg-Stuttgart-Zürich Chancen einer dritten Nord-Süd-Magistrale von A. Herold, Würzburg	x	
Nr. 11/1992	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 14/1995	Bürokratieberuhigte Zone Mainfranken		x
Nr. 11/1995	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 11/1999	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 12/2003	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 11/2007	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 15/2008	Gründeratlas Mainfranken 2008	x	
Nr. 16/2008	Unternehmensrisiken erkennen und meistern Tipps zur Unternehmensentwicklung und Krisenprophylaxe	x	

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 17/2008	Industriereport 2008 Zur Bedeutung der Industrie in Mainfranken		x
Nr. 18/2008	Entwicklungsperspektive für Mainfranken Handlungsempfehlungen aus Sicht der mainfränkischen Wirtschaft	x	
Nr. 19/2008	Realsteuerhebesätze 2008 Eine Untersuchung der IHK Würzburg-Schweinfurt	x	
Nr. 20/2008	Die Bau- und Immobilienwirtschaft in Mainfranken	x	
Nr. 19/2009	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2009	x	
Nr. 21/2009	Gründeratlas Mainfranken 2009	x	
Nr. 22/2009	Die Mittelzentren des IHK-Bezirks Mainfranken	x	
Nr. 23/2009	Beteiligungskapital – Wege   Chancen   Perspektiven	x	
Nr. 24/2009	Verkehrsdrehscheibe Mainfranken 2009	x	
Nr. 15/2010	Gründeratlas Mainfranken 2010	x	
Nr. 19/2010	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2010	x	
Nr. 25/2010	Besser finanziert – Förderleitfaden für den Mittelstand	x	
Nr. 26/2010	Verkehrsinfrastruktur, Verkehr und Logistik in Mainfranken	x	
Nr. 11/2011	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt	x	
Nr. 15/2011	Gründeratlas Mainfranken 2011	x	
Nr. 19/2011	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2011	x	
Nr. 27/2011	Der demographische Wandel	x	
Nr. 28/2011	Die Geschäftsübergabe im Überblick	x	
Nr. 29/2011	Mainfränkische Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaft	x	
Nr. 30/2011	Fachkräftesicherung – bilden, beschäftigen, integrieren	x	
Nr. 15/2012	Gründeratlas Mainfranken 2012	x	
Nr. 19/2012	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2012	x	
Nr. 25/2012	Besser finanziert	x	
Nr. 31/2012	Ökologische Nachhaltigkeit in klein- und mittelständischen Betrieben	x	
Nr. 32/2012	Analyse der Gesundheitswirtschaft in Mainfranken 2012	x	
Nr. 33/2012	Endlich gründen!	x	
Nr. 15/2013	Gründeratlas Mainfranken 2013	x	

## Schriftenreihe des Zentrums für Regionalforschung (ZfR) an der Universität Würzburg in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt

ZfR- Schriftenreihe	Titel	erhältlich beim ZfR
Nr. 1/2009	Facetten und Perspektiven der Regionalforschung in Unterfranken	x
Nr. 2/2010	Die Vernetzung der Region Mainfranken mit den benachbarten Metropolregionen	x